

An die Vertreterinnen
und Vertreter der Medien

- 2 Seiten -

Mainz, 10. Mai 2017

Pressemitteilung der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz:

LSV lehnt Forderung von Bundesbildungsministerin Wanka nach einer „Migrantenquote“ für Schulklassen ab

Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz empört sich über die vor kurzem veröffentlichte Forderung von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) nach einer „Ausländerquote“ für Schulklassen. Frau Wanka äußerte die Befürchtung, ein zu hoher Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund behindere die Integration, da sie davon ausgeht, dass in betroffenen Klassen hauptsächlich die Landessprache der Migrantinnen und Migranten anstatt Deutsch gesprochen würde.

Daneben prognostizierte der Philologenverband unter Führung von Heinz-Peter Meidinger sogar einen Leistungsabfall in Klassen mit einem Migrantenanteil von über 35 Prozent. Diesen Ängsten stellen wir uns entschieden entgegen.

Der Lösungsvorschlag, den die Bundesbildungsministerin hier präsentiert, ist ein Zwangsmodell par excellence. Dies fällt spätestens auf, wenn man über die Umsetzung ihrer Regelung nachdenkt. Für eine Realisierung ist das sogenannte „Busing“ erforderlich. Kinder werden also teilweise zu weit von ihrem Wohnort befindlichen Schulen transportiert, nur damit die Quote stimmt. Das bedeutet für diejenigen Kinder, die in eine Klasse mit „zu hohem“ Migrantenanteil gehen, effektiv, dass sie aus ihrem Umfeld und der Klassengemeinschaft herausgerissen werden und einen großen Teil ihrer Freunde verlieren. Darunter werden ihre Leistungen leiden.

Dieses Modell („Busing“) wurde zudem schon einmal - in den 1970er Jahren in den USA - umgesetzt und führte zu Leistungseinbrüchen der „verteilten“ SchülerInnen und sonst zu keiner messbaren Verbesserung. Wieso sollten wir die Fehler anderer wiederholen?

Hinzu kommt, dass es nicht „die Migrantenkinder“ gibt. Man kann und darf nicht alle MigrantInnen über einen Kamm scheren, so Simon Smolarczyk, Vorstandsmitglied der LSV RLP: „Ich habe während meiner SV-Tätigkeit schon viele Immigranten getroffen und kennengelernt, die nach wenigen Jahren akzentfreies Deutsch sprechen konnten“. Diese behindern also keinen Lernfortschritt, würden aber trotzdem unter Johanna Wankas Quote - auch wenn diese von Ort zu Ort unterschiedlich sein soll - und deren Folgen leiden.

Die Ungleichbehandlung von SchülerInnen, die Johanna Wanka und der Philologenverband fordern, beruht auf negativen Vorurteilen. Die Forderung widerspricht den Grundsätzen der LSV Rheinland-Pfalz und denen einer modernen, liberalen Gesellschaft, die Gedankengut, welches einen Menschen nach seiner Herkunft bewertet, eigentlich schon längst hinter sich gelassen haben sollte. Statt diesem Holzweg zu folgen, muss das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufgehoben werden, um mehr Mittel zur individuellen Sprachförderung zur Verfügung stellen zu können. SchülerInnen in Deutschland, egal welcher Staatsangehörigkeit, müssen nach ihren individuellen Interessen, Stärken und Schwächen gefördert werden. Dafür sind mehr finanzielle Mittel notwendig.

„Integration funktioniert nicht durch Umsiedelung oder Zwang, sondern durch ein offenes Begegnen, Verständnis und Hilfe füreinander“, so Elea Schneberger, Mitglied der Bundesdelegation der LandeschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz, abschließend.

Bei Fragen melden Sie sich bitte bei mir, Robin Karch, Landesvorstandsmitglied der LSV RLP: robin.karch@lsvrlp.de / 0174 9844914